

#Greenpeace_gewaltfrei

Institutionelles Gewaltschutzkonzept zur Prävention von und Intervention bei sexualisierter Gewalt und Missbrauch

-
- o Version 3.0, gültig ab 6.10.2021
 - o Verantwortlich: Leitung Personalkultur, Leitung Engagement
 - o Revision 2024

0. Die Schnellübersicht

Bei Greenpeace arbeiten und engagieren sich viele Menschen, haupt- und ehrenamtlich (Kap. 1). In unseren Leitsätzen der Zusammenarbeit haben wir die klare Haltung (Kap. 2) formuliert, dass wir wertschätzend miteinander umgehen und keine Form von Diskriminierung tolerieren. In diesem Schutzkonzept

#Greenpeace_gewaltfrei (Ziel Kap. 3)

- schildern wir den rechtlichen Bezugsrahmen von sexualisierter Gewalt und Missbrauch (Kap. 4).
- stellen wir, auch im Sinne der Prävention, grundsätzliche Informationen zum Themenbereich dar. Dies umfasst insbesondere das immense Ausmaß geschlechtsspezifischer Gewalt (Gewalt gegen Frauen) und die besondere Verletzlichkeit von Mädchen und Jungen (Kindern und Jugendlichen) sowie die Art wie Täter:innen Seilschaften aufbauen und diffuse Strukturen strategisch ausnutzen (Kap. 5).
- beschreiben wir unsere Interventionsketten (Kap. 6) und erläutern unsere strukturellen Verankerungen sowie unsere Präventionsarbeit (Kap. 7).
- machen wir Verantwortlichkeiten und Umsetzung transparent (Kap. 8), erläutern unseren Umgang mit Presseanfragen (Kap. 9) und stellen im Anhang alle zusätzlichen Informationen und Verweise zusammen (Kap. 10).

Im Falle des Falles (wenn du einen Übergriff erlebt hast oder Zeug:in geworden bist)

1. Vertrauliche Kontaktaufnahme zu einer unserer Vertrauenspersonen (Seite 13)
 - Für das Hauptamt sind dies: Cathrin Groll, Anna von Gall, Heinz Smital und unsere externe Ansprechpartnerinnen Kerstin Küster (0160/1165514, kerstin.kuester@greenpeace.org) und Tatiana Schildt (040/42104556, tatiana.schildt@coachingandconsulting.de)
 - Für das Ehrenamt sind dies: Peter Herbster, Ole Eiteljörge, Andrea Wienck, Kerstin Fleischer, Kai Müller sowie Noel Rasch und Mona Reichart (Action Unit).
 - Alle Vertrauenspersonen sind unter der E-Mail-Adresse schutzraum@greenpeace.de erreichbar oder können persönlich angesprochen werden (vorname.name@greenpeace.org). Betroffene können sich auch anonym melden.
 - Bei Kinder- und Jugendschutzfällen ist zurzeit insbesondere Peter Herbster ansprechbar.
2. Klärung des weiteren Vorgehens mit der Vertrauensperson
3. Alle weitere Schritte erfolgen in Abstimmung mit der betroffenen Person
4. ... je nach Vorfall (siehe Interventionsketten, Seite 9)

1. Einleitung

Bei Greenpeace treffen sehr viele Menschen aus unterschiedlichen Altersgruppen, mit unterschiedlichen Hinter- und Beweggründen aufeinander und verbringen einen Teil ihrer Freizeit und/oder Arbeitszeit gemeinsam. Es sind rund 350 Festangestellte und 5000 Ehrenamtliche, die sich in den Büros, auf kleinen und großen Veranstaltungen, bei Aktivitäten oder auch digital in den sozialen Medien oder auf der Plattform [Greenwire](#) begegnen.

Unser Anliegen ist es, in diesem Schutzkonzept unsere Arbeit unter dem Stichwort **#Greenpeace_gewaltfrei** für alle Greenpeacer:innen und Interessierte sichtbar zu machen und verständlich darzustellen.

Wir wissen, dass es überall in Organisationen und Unternehmen Menschen geben kann, die Kolleg:innen belästigen oder, die Missbrauchsdarstellungen (z.B. Kinder-/Pornographie) aus dem Internet herunterladen. Wir verschließen davor nicht die Augen, wir benennen es und erproben immer wieder neue Wege, dies zu verhindern bzw. im Sinne des Kinder- und/oder Opferschutzes zu handeln. Dabei haben wir im Blick, dass einige Personengruppen vulnerabler sind und aufgrund ihres Geschlechts, Alters, ihrer beruflichen Stellung, ihrer Herkunft, Hautfarbe, sexuellen Identität, Religion / Weltanschauung oder aufgrund von Behinderungen häufiger Diskriminierung und Gewalt erfahren als andere.

Das vorliegende Schutzkonzept soll deswegen gleichermaßen eine Hilfe für Betroffene sowie ein Informationskatalog sein - und auch ein Versuch sein, potentielle Täter:innen von vornherein abzuschrecken. Zudem stellt es einen Leitfaden für schnelle Interventionen dar, die in der Organisation transparent gemacht sind.

2. Greenpeace-Haltung

Jeder Mensch hat das Recht, respektvoll und gerecht behandelt zu werden. Bei Greenpeace gibt es Leitsätze der Zusammenarbeit, in denen wir Regeln aufgestellt haben, um einen fairen Umgang miteinander zu erreichen: Im persönlichen Miteinander begegnen wir uns wertschätzend, fördern gleichzeitig Vielfalt und Inklusion und akzeptieren, dass es kulturelle Unterschiede gibt. Wir gehen verantwortungsbewusst und sensibel mit Hierarchien und Macht um und missbrauchen sie nicht. In diesem Sinne soll unsere Organisation für alle Greenpeacer:innen ein Schutzraum sein, ein Ort, an dem wir leben und lernen und uns gemeinschaftlich für eine bessere Welt einsetzen. Geschlechtsspezifische Gewalt und (sexueller) Missbrauch haben in unserer Organisation keinen Platz. Wir möchten außerdem einen Beitrag dazu leisten, dass diese Themen gesellschaftlich stärker beachtet und enttabuisiert werden. Deswegen klären wir in/mit diesem Konzept strukturiert auf und handeln proaktiv. Betroffene nehmen wir ernst und schützen sie. **Täter:innen schrecken wir ab und sanktionieren sie.** Über das finale Maß entscheidet die Geschäftsführung auf Basis der Ergebnisse der Fallbearbeitung und rechtlicher Möglichkeiten. Für typische Konfliktphänomene und -dynamiken wie Schuldumkehr und Verharmlosung sind wir sensibilisiert, gängige Täter:innenstrategien legen wir systematisch offen. Sexualisierte Gewalt und Missbrauch demütigen und isolieren: Betroffene leiden unter Scham- und Schuldgefühlen und möglichen Unterstellungen, sie hätten sich das Ganze nur ausgedacht. Sie haben Angst, sich zu outen, denn mit ihrer Anzeige brechen sie ein Tabu und müssen die harten Konsequenzen tragen: Untersuchungen, Befragungen durch Polizei oder Aussagen vor Gericht. Das hält sie häufig davon ab, darüber zu sprechen, was ihnen angetan wurde. Dem wollen wir entgegenwirken.

3. Ziel des Schutzkonzepts

Dieses institutionelle Schutzkonzept zur Intervention bei und Prävention von sexualisierter Gewalt und Missbrauch soll dazu beitragen, dass unsere Organisation ein Schutzraum für die sich engagierenden Menschen darstellt. Es ist ein Zusammenspiel aus Analyse, strukturellen Maßnahmen sowie unserer Haltung und Kultur. Im Rahmen von Risikoanalysen (z.B. mittels GreenCare-Umfrage) schauen wir immer wieder die vulnerablen Stellen unserer Organisation an: Umgang mit Nähe und Distanz, Abhängigkeiten zwischen Hierarchieebene, Abhängigkeiten zwischen Haupt- und Ehrenamt sowie zwischen Erwachsenen, Kindern und Jugendlichen; räumliche Gegebenheiten; Einstellungsverfahren bzw. Neuengewinnung im Ehrenamtlichenbereich; Aus- und Weiterbildungen, Trainings, Teamrückzüge und alle weiteren Aktivitäten. Aus unterschiedlichen Perspektiven

überlegen wir, welche Bedingungen Täter:innen vor Ort nutzen könnten, um sexualisierte Gewalt und Missbrauch vorzubereiten und zu verüben. Dieses Schutzkonzept beruht auf der Zusammenarbeit zwischen Menschen aus den Teams PersonalKultur und Engagement, Betriebsrat und Ehrenamtlichenbeirat sowie externer Beratung und Begleitung. Die Umsetzung sowie die turnusmäßige Überprüfung und Weiterentwicklung liegt in der Verantwortung der Leitung der Organisation und wird durch die genannten Teams sowie die Leitungskräfte vertreten.

4. Rechtlicher Rahmen

Besonders im Bereich der sexuellen Belästigung, aber auch in vielen anderen Bereichen der Arbeit zum Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt begegnen uns Fragen nach Verhältnismäßigkeiten, Falschbeschuldigungen und „was denn nun überhaupt noch erlaubt sei“. Um auf dieser Ebene Klarheit zu schaffen, haben wir hier die (gängigen) rechtlichen Bezugsrahmen überblicksartig zusammengestellt. Noch einmal ganz klar und vorab: Es geht in diesem Konzept und bei den Themen sexualisierter Gewalt, Missbrauch oder Diskriminierung zu keiner Zeit um Flirten oder sexuelle Beziehungen auf Basis konsensualer Verabredungen zwischen Erwachsenen. Im Gegenteil: Es geht um einseitige Grenzverletzungen bzw. Grenzüberschreitungen.

Grenzverletzungen

Der Begriff Grenzverletzung ist kein rechtlicher Begriff, aber er wird genutzt, um Verhaltensweisen unterhalb des strafrechtlichen Niveaus zusammenzufassen. Eine Grenzverletzung ist eine Handlung, die gegen den Willen einer Person geschieht. Sie muss nicht zwangsläufig ein sexueller Übergriff oder eine strafrechtlich relevante Handlung sein. Sie bezeichnet eine Handlung, die der betreffenden Person (sehr) unangenehm ist und die ihre persönliche Sphäre verletzt. Grenzverletzungen können aus Unachtsamkeit geschehen. Nie sollte jedoch über sie hinweg gegangen werden im Sinne „War nicht so gemeint...“ oder „Du bist heute vielleicht empfindlich...“. Versehentliche Grenzverletzungen lassen sich vielfach durch Präventionsarbeit verhindern. Sie benötigen in jedem Fall Klärungen und Entschuldigungen.

Gesetz zur Kooperation und Information im Kinderschutz (KKG)

Das sogenannte Bundeskinderschutzgesetz wurde 2012 eingeführt und berechtigt bestimmte Berufsgruppen (z.B. Ärzt:innen, Therapeut:innen, Lehrkräfte, Sozialpädagog:innen) sowie Mitarbeitende in Fachberatungsstellen, sich bei Vermutungen von Kindeswohlgefährdungen einzumischen und die richtigen Schritte zu gehen. Dies kann neben Gesprächen mit den Sorgeberechtigten eines Kindes auch das Einschalten des Jugendamtes und/oder der Strafverfolgungsbehörden beinhalten.

Das Strafgesetzbuch (StGb)

Im 13. Abschnitt des Strafgesetzbuches **Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung** hat der Gesetzgeber sowohl die Straftatbestände zum Sexuellen Missbrauch an Kindern und Jugendlichen (§174, 176, 180, 182), der sexualisierten Gewalt und sexuellen Belästigung (v.a. §177 und §184i) sowie im § 184 das Thema Pornographie und Kinderpornographie (Missbrauchsdarstellungen) geregelt.

Strafverfolgungen beginnen hier in der Regel mit der Anzeige einzelner Straftatbestände durch betroffene Personen, d.h. es gibt in Deutschland keine generelle Anzeigepflicht. Dies gilt sowohl für Privatpersonen als auch für Institutionen. Das Absehen von einer Anzeigepflicht soll verhindern, dass Betroffene von Gewalttaten aus Angst vor einer Strafverfolgung davon abgehalten werden, sich Vertrauenspersonen zu offenbaren / sich Unterstützung zu holen.

Werden den Strafverfolgungsbehörden Straftaten bekannt, sind sie verpflichtet, diese auch ohne Zustimmung der Betroffenen zu verfolgen.

Für den Bereich des sexuellen Missbrauchs Schutzbefohlener / Kinder- und Jugendlicher erarbeitete der Runde Tisch des Unabhängigen Missbrauchsbeauftragten der Bundesregierung (UBSKM) **Leitlinien zur Einschaltung der**

Strafverfolgungsbehörden (siehe Literaturverzeichnis). Diese können im Sinne einer Selbstverpflichtung umgesetzt werden. Der Kern dessen ist, dass Informationen über Fälle möglichen sexuellen Missbrauchs in einer Organisation schnellstmöglich an die Strafverfolgungsbehörden weitergeleitet werden. Das Ziel dabei ist es zu verhindern, dass Fälle aus Eigeninteresse der Institution oder aus Nachlässigkeit vertuscht oder nicht weiter verfolgt werden.

Im Abschnitt 14 des StGb behandelt der Gesetzgeber die Straftatbestände der Beleidigung (§185) und Körperverletzung (§223). Im 18. Abschnitt kommen dann noch der § 239 Nachstellung (Stalking) und der §240 Nötigung hinzu.

Im Gegensatz zum AGG (Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz) hat das Strafgesetzbuch deutlich längere Verjährungsfristen, die Betroffenen von Gewalt auch Jahre nach der Tat noch eine Anzeigenerstattung ermöglicht. Es empfiehlt sich hier immer eine anwaltliche Beratung.

Zivilrecht: Das Gewaltschutzgesetz

Im Jahr 2002 traten mit dem Gewaltschutzgesetz zentrale rechtliche Vorschriften zur Bekämpfung von häuslicher Gewalt (Partnerschaftsgewalt) in Kraft. Insbesondere der Grundsatz „Wer schlägt, der geht“ ist im Gewaltschutzgesetz über das Instrument der polizeilichen Wegweisung von Täter:innen aus der eigenen Wohnung verankert (drei bis 14 Tage). Zusätzliche Instrumente sind vor allem Näherungsverbote, d.h. Stalkenden wird gerichtlich verboten sich der betreffenden Person auf einer Distanz von bspw. 100 Meter zu nähern und/oder bestimmte Orte (Arbeitsplatz der Betroffenen etc.) aufzusuchen. Häufig wird auch die weitere Zuweisung der Wohnung beantragt, d.h. Täter:innen wird nach Ablauf der Wegweisungsfrist eine Rückkehr in die Wohnung gerichtlich untersagt. Anträge auf einstweilige Anordnungen nach dem Gewaltschutzgesetz müssen ans lokale Familiengericht gestellt werden. Es empfiehlt sich die Begleitung durch eine Fachberatungsstelle und auch eine anwaltliche Vertretung.

Vertrauliche Spurensicherung

Sexualisierte Gewalt ist ein massiver Angriff auf die physische und psychische Integrität einer Person. Die betroffene Person erlebt in dieser Situation einen völligen Kontrollverlust über ihren Körper und damit ihrer Selbstbestimmung. Viele durchleben Todesängste, fühlen sich danach ohnmächtig, schutzlos und orientierungslos. Da der:die Täter:innen häufig bekannt oder gut vertraut sind, bedeutet das Erlebte darüber hinaus einen massiven Vertrauensbruch.

Die Entscheidung, ob sie den:die Täter:innen anzeigen und sich eine polizeiliche Befragung sowie Gerichtsverfahren zutrauen, fällt in dieser Situation für viele Betroffene negativ aus. Um den Druck aus der Akutsituation zu nehmen, wurde die Möglichkeit der vertraulichen Spurensicherung installiert. Unter dem Stichwort der anonymen oder vertraulichen Spurensicherung können Betroffene von Gewalttaten in vielen Krankenhäusern (siehe Hilfe-Info im Anhang) eine rechtsmedizinische Untersuchung erhalten, bei der Mediziner:innen die körperliche Gewalt gerichtsfest dokumentieren und archivieren. Das gesicherte Material wird mit einer Kennziffer versehen und bis zu 20 Jahren vertraulich aufbewahrt. So können Betroffene auch noch Jahre nach den erlittenen Gewalttaten auf die Beweismittel zugreifen und Strafanzeige stellen.

Falschbeschuldigungen

Wie bei allen Straftatbeständen gibt es auch im Bereich der sexualisierten Gewalt und beim Missbrauch von Kindern und Jugendlichen Falschbeschuldigungen. Falschbeschuldigungen sind Straftaten, die in Deutschland mit einer Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren geahndet werden können.

5. Grundsätzliche Informationen

Geschlechtsspezifische Gewalt

Gewaltfrei zu leben ist nicht nur ein menschliches Grundbedürfnis, sondern auch ein Grundrecht, das Frauen: und LGBTQIA*-Personen (Lesbian, Gay, Bi, Trans, Queer, Inter, Agender und weitere Geschlechtsidentitäten) heute noch

weltweit systematisch verwehrt wird. Beide Personengruppen erleben ein breites Spektrum unterschiedlich schwerer Gewalthandlungen, die neben körperlicher und sexualisierter Gewalt und deren Kombination auch psychische Gewalt in Form von Kontrolle und Dominanz, verbale Aggressionen, Herabwürdigungen und Drohungen beinhalten. Dies umfasst insbesondere auch rassistische, sexistische sowie trans- und homophobe Äußerungen. Wir verstehen Gewalt damit im Sinne der Istanbul-Konvention (IK)¹ als eine Menschenrechtsverletzung und Form der Diskriminierung. Die IK ist ein Übereinkommen des Europarats zur **Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt** (2016). Sie wurde mittlerweile von 45 Staaten (Stand April 2021) unterzeichnet und trat in Deutschland im Februar 2018 in Kraft. Es ist das bisher größte und tiefgreifendste Menschenrechtsabkommen mit dem Ziel, geschlechtsspezifische Gewalt und deren gesellschaftlichen Nährboden zu beseitigen. Im Sinne der IK bezeichnet **Geschlechtsspezifische Gewalt** die Gewalt, die gegen eine Frau gerichtet ist, weil sie eine Frau ist oder die Frauen unverhältnismäßig stark trifft. Sie umfasst jede Gewalthandlung, durch die ihnen körperlicher, sexueller, psychischer und/oder wirtschaftlicher Schaden zugefügt wird oder zugefügt werden kann.

Wir wissen, dass intergeschlechtliche Menschen, Transmänner und Schwule aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität ebenfalls in besonderem Maße von (sexualisierter) Gewalt und Diskriminierung betroffen sind. Der Unterschied ist, neben der Anzahl der Fälle, dass Männer tendenziell eher selten (langfristig) in Angst vor Täter:innen leben, da sie weniger stark von struktureller Gewalt betroffen sind, sich also einfacher aus sozialen und/oder ökonomischen Abhängigkeiten befreien können.

Für 2019² werden in der polizeilichen Kriminalstatistik für Deutschland 9426 Fälle von Vergewaltigung, sexueller Nötigung und sexuellem Übergriff im besonders schweren Fall einschließlich mit Todesfolge aufgeführt. In 8967 Fällen (92,3%) waren die Betroffenen weiblich. Umgerechnet auf das Jahr bedeutet das ca. eine (schwere) sexualisierte Gewalttat gegen Frauen pro Stunde.

117 Frauen wurden 2019 durch Partnerschaftsgewalt getötet³. Konkret bedeutet das: An jedem dritten Tag tötete in Deutschland ein Mann Partnerin oder Ex-Partnerin. Und dies sind nur die offiziellen Zahlen der Kriminalstatistik, d.h. die bei der Polizei bekannt gewordenen (aufgenommenen) Fälle. Nach Dunkelfeldstudien ist davon auszugehen, dass jede dritte Frau in Deutschland mindestens einmal in ihrem Leben von Gewalt betroffen ist. Statistisch gesehen sind das mehr als 12 Millionen Frauen.

Die Täter sind fast ausschließlich Männer, d.h. wir leben in einer Gesellschaft, die in hohem Maße durch eine Gewaltbereitschaft von Jungen und Männern geprägt wird. Eine Gesellschaft, in der es offensichtlich kulturell tradierte Vorstellungen von Männlichkeit und Dominanz gibt, die dieses Verhalten fördern und begünstigen. Eine Gesellschaft, die häufig (unbewusst) zusieht oder auch konsequent wegschaut bei den subtileren Anfängen von Gewalt gegen Frauen und LGBTQI.; bei der Frage nach echter Gleichstellung und Gleichbehandlung – und dadurch den Nährboden hält, der dieses System einer Rape Culture (Kultur der Vergewaltigung) begünstigt.

Den Begriff der Rape Culture prägten in den 1970er Jahren us-amerikanische Frauenrechtlerinnen, indem sie Aussagen wie „Na, sie hatte aber auch einen kurzen Rock an...“, „Er ist glücklich verheiratet. Das hat der doch gar nicht nötig, sie anzubaggern...“, „Nun ja, sie hat irgendwie auch selbst Schuld. Wieso hat sie denn auch so viel getrunken?“ etc. als Vergewaltigungsmythen (Rape Myths) bezeichneten. All diese unterschiedlichen Aussagen, und es gibt noch sehr viel mehr davon, zielen darauf ab, die Glaubwürdigkeit Betroffener zu schmälern bzw. ihnen eine Mitschuld an der erlittenen Gewalt zu geben (auch Schuldumkehr / Victim Blaming). Da diese Vorstellungen über ein angemessenes Verhalten von Frauen tief in unserer Kultur verankert sind, sprechen wir von Rape Culture.

¹ Eine Voraussetzung für die Ratifizierung der IK in Deutschland war eine Reform des Sexualstrafrechts (§177 StGB), die 2016 vollzogen wurde und unter dem Stichwort „**Nein heißt Nein**“ bekannt wurde. Bis zu diesem Zeitpunkt musste eine Betroffene vor Gericht die Erzwingung einer sexuellen Nötigung oder Vergewaltigung durch Gewalt oder Gewaltandrohung nachweisen. Dies führte dazu, dass das was Frauen als Vergewaltigung erlebt haben, in Deutschland nicht strafbar war. Das reformierte Sexualstrafrecht findet nun auch Anwendung, wenn das Nichteinverständnis erkennbar ist und trotzdem ignoriert wurde.

² [Interaktive Karten - PKS 2019 - Vergewaltigung, sexuelle Nötigung und sexuelle Übergriffe](#)

³ Die aktuellen Zahlen steigen offensichtlich wieder. Neueste Veröffentlichungen benennen bereits 125 Fälle für das laufende Jahr 2020 (Stand Juli).

Der Begriff ist dabei nicht unumstritten. So gibt es nur mäßige Einigkeit darüber, was konkret gemeint ist: Eine unterschwellige Frauenfeindlichkeit und ein Sexismus, der sich z.B. in schlechterer Bezahlung, fehlenden weiblichen Führungskräften, der Beschuldigung von Betroffenen, sexualisierte Gewalt durch ihr Verhalten provoziert zu haben, oder eher ein grundsätzliches Verständnis von Frauen als schwach, passiv und vergewaltigbar auf der einen Seite, Männern als aktiv, kontrollierend und machtvoll auf der anderen Seite? Besonders diese letzte Aussage verfestigt das binäre Verständnis von Frauen als potenzielle Opfer, Männern als potenzielle Täter. Das ist wenig hilfreich und unterschlägt vor allem auch, dass es nur ein kleiner Teil der Gesellschaft ist, der gewalttätig wird, die Ermöglichungsstrukturen, also die Rape Culture aber von allen getragen wird.

Um hier eine grundsätzliche Veränderung herbeizuführen, müssen wir immer wieder genau hinschauen, klar benennen und gemeinsam überlegen, welche Maßnahmen in unserer Organisation (und darüber hinaus) hilfreich sein können.

Sexueller Missbrauch an Kindern und Jugendlichen

Sexueller Kindesmissbrauch ist sexualisierte Gewalt an Kindern und Jugendlichen. Sexualität wird als Mittel zum Zweck benutzt, „um Menschen nachhaltig zu unterdrücken, zu demütigen und sich selbst durch diese Erfahrung als mächtig und überlegen zu erleben“ (Miosga/Schele 2018:19). Sexueller Missbrauch weist eine große Bandbreite unterschiedlicher Handlungen auf und reicht von Grenzverletzungen mittels verbaler sexueller Anspielungen bis hin zur Vergewaltigung. Der Begriff schließt also alle sexuellen Handlungen ein, die an Kindern und Jugendlichen verübt werden und denen sie „aufgrund körperlicher, seelischer, geistiger oder sprachlicher Unterlegenheit nicht wissentlich zustimmen können. Der Täter oder die Täterin nutzt dabei seine:ihre Macht- und Autoritätsposition aus, um eigene Bedürfnisse auf Kosten des Kindes zu befriedigen“ (Miosga/Schele 2018:13).

Laut polizeilicher Kriminalstatistik⁴ wurden 2019 13.670 Fälle von sexuellem Missbrauch registriert. Ungefähr ein Drittel der betroffenen Kinder und Jugendlichen sind männlich. Die Zahlen sind insgesamt seit Jahren steigend, im Straftatbestand der **Verbreitung, Besitz und Herstellung von Kinderpornographie** im Vergleich zum Vorjahr um erschreckende 64,6%. Sexueller Missbrauch wird zum Großteil im familiären Nahfeld der betroffenen Kinder und Jugendlichen begangen. Erst an zweiter Stelle steht das soziale Umfeld mit Kinder- und Jugendgruppen, Institutionen und Nachbarschaft. Der:die Fremdtäter:in ist grundsätzlich eher die Ausnahme. Wir wissen jedoch, dass besonders in diesen Bereichen der Freizeit, wo Kinder und Jugendliche vertrauensvoll mit Erwachsenen zusammenkommen, Zeit verbringen, lernen und leben, sexuelle Übergriffe stattfinden. Es erfordert eine professionelle Haltung aller Mitarbeitenden, einerseits Nähe und enge Beziehungen mit Kindern und Jugendlichen zu entwickeln, andererseits ganz klare Grenzen zu ziehen und deren Überschreitung konsequent zu verhindern.

Peergewalt

Im Rahmen des fachlichen Diskurses zu sexualisierter Gewalt wird das große Ausmaß sexueller Übergriffe durch gleichaltrige Kinder und Jugendliche immer stärker benannt. Trotzdem findet es bisher wenig Beachtung in Fortbildungen, Arbeitshilfen und/oder institutionellen Schutzkonzepten. Sexuelle Übergriffe durch Kinder und Jugendliche können sowohl biographische Ursachen haben (Missbrauchserfahrungen, Zeugenschaften häuslicher Gewalt etc.) oder auch durch strukturelle Defizite in Organisationen(z.B. fehlende echte Partizipation von Kindern und Jugendlichen, fehlende offene Kommunikations- und Fehlerkultur, fehlende fachliche Qualifikation der Mitarbeitenden, fehlende Schutzkonzepte inklusive Handlungs- und Beschwerdepläne) befördert werden. Die Vernachlässigung grenzachtender Gruppennormen in der Kinder- und Jugendarbeit sind in dieser Hinsicht ebenfalls ein typisches Einfallstor. Sexuell grenzverletzendes Verhalten unter Kindern und Jugendlichen ist in jedem Fall konsequent zu unterbinden und zumeist als Kindeswohlgefährdung einzustufen.

⁴ [PKS 2019](#)

Macht und Machtmissbrauch

Die Anwendung von Gewalt ist immer ein Machtmissbrauch. Täter:innen nutzen dabei emotionale oder ökonomische Abhängigkeiten, Sexualität oder körperliche Überlegenheiten, um ihre Macht zu demonstrieren. Macht lässt sich wie bei Max Weber (1922) als „jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung, den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen“ oder mit Niklas Luhmann (1975) als soziale Interaktion zwischen machtunterwerfener und machthabender Person verstehen. Wie Macht innerhalb einer Institution ausgeübt wird, spiegelt in diesem Sinne also immer die persönliche Haltung einer Person und auch die Kultur der Organisation wider. Die Kultur steht dabei in einem Dreiecksverhältnis mit der Struktur (Aufbau, Abläufe, Regeln) und der Strategie (Sinn / Mission, Ziele, Inhalte) der Organisation. Zur Struktur gehört beispielsweise die einzelnen Personen(gruppen) zugewiesene Legitimität zur Machtausübung, die ja grundsätzlich den übergeordneten Zielen, d.h. der Strategie der Organisation dienen soll. Das Ausnutzen von Machtpositionen durch eine Verfolgung persönlicher Ziele wird dann als Missbrauch der zugewiesenen Macht bezeichnet. Machtmissbrauch kann auf vielen Ebenen stattfinden. Umso hierarchischer eine Institution organisiert ist, desto anfälliger ist sie strukturell. Auf individueller Ebene gilt es immer wieder zu schauen: Wird die Machtposition zum Wohle aller genutzt oder werden bestimmte Personen(gruppen) ausgeschlossen, weniger beachtet oder in bestimmten Arbeitsfeldern benachteiligt?

Täter:innen-Strategien bei Gewalt und Missbrauch

Die Täter:innen von sexualisierter Gewalt sind zu einem Großteil Männer. Dies gilt auch für den Bereich des sexuellen Missbrauchs an Kindern und Jugendlichen. Das zentrale Motiv von Täter:innen ist der Wunsch, Macht auszuüben: Es wird also nicht aus einem sexuellen Antrieb heraus gehandelt, sondern Sexualität wird als Mittel genutzt, um ein Gefühl von Macht und Überlegenheit zu erleben. Täter:innen gehen dabei sehr strategisch vor, bahnen die sexualisierte Gewalt meist über einen langen Zeitraum an, steigern die Grenzverletzungen langsam, so dass der:die Betroffene immer wieder ihre:seine Wahrnehmung überprüft, während das Täter:innenverhalten von Beobachter:innen häufig lange als harmlos abgetan wird.

Für sich genommen sind einzelne Strategien oder Taktiken oft subtil und nur bei genauem Hinsehen wahrnehmbar. Der:die Täter:in gewinnt so mehr und mehr Macht und Kontrolle über die betroffene Person und diese wird der Gewalt gegenüber immer hilfloser. Täter:innen inszenieren also ihre Taten, und Betroffene brauchen häufig eine lange Zeit, um die erlittene Gewalt als solche erkennen und benennen zu können.

Weitere typische Muster und Strategien sind unter anderem:

- Täter:innen befinden sich meist in sicheren, ggf. langjährigen Positionen innerhalb einer Organisation, sind in gutem Kontakt zur Leitung bzw. übernehmen selbst Leitungspositionen (Seilschaften).
- Täter:innen zeigen häufig ein großes Engagement für ihre Tätigkeit und übernehmen gerne soziale Dienste auch über das Berufliche hinaus. Sie decken Fehler von Kolleg:innen, zeigen selbst Schwächen und erheischen so Mitleid. Täter:innen machen sich unentbehrlich. Auf diese Weise erzeugen sie systematisch Abhängigkeiten, die sie vor Beschuldigungen bzw. deren Verfolgung schützen (Ausnutzen diffuser Strukturen / unzureichende Trennung zwischen Arbeit und Freizeit).
- Täter:innen suchen gezielt die Nähe ihrer Opfer, zeigen sich besonders empathisch im Umgang und bauen ein Vertrauensverhältnis auf. Dieses schließt meist auch das Umfeld des Opfers mit ein, um dessen Schutzmechanismus auszuschalten.
- Die Anbahnung sexualisierter Gewalt durchläuft verschiedene Phasen bzw. erfolgt nach einem bestimmten Muster: Zu Beginn suchen sich Täter:innen gezielt die vulnerabelsten Personen aus. Dies können emotional besonders bedürftige Kinder und Jugendliche sein. Gefährdet sind auch junge Frauen in besonderen Abhängigkeitsverhältnissen (Praktikantinnen, Freiberuflerinnen, Projektstelleninhaberinnen etc.), Frauen mit Behinderungen, Frauen mit psychischen Erkrankungen, Frauen mit Migrationsgeschichte

und *Women of Colour und LGBTQ:*⁵. Täter:innen versuchen immer wieder durch scheinbar zufällige Grenzüberschreitungen, also Gespräche über sexuelle Themen, Berührungen an intimen Stellen etc. mögliche Widerstände auszuloten. Bei Zurückweisungen entschuldigen sie sich, versuchen es im nächsten Schritt anders. Durch diese kreisende Bewegung desensibilisieren sie die betroffenen Personen in ihrer eigenen Wahrnehmung. Es folgen dann Taktiken der Verunsicherung („Das macht man so“ / „Das ist doch total normal“), das Erzeugen von Schuldgefühlen, Isolation, Drohungen, Beschimpfungen, Einschüchterungen etc.

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Der Begriff **Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit** wurde durch das Bielefelder Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) geprägt und umfasst die Elemente Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Homophobie, Islamfeindlichkeit und Sexismus, die Abwertung von Obdachlosen, Behinderten und Langzeitarbeitslosen sowie Etabliertenvorrechte. Gemeinsam ist all diesen feindlichen Einstellungen, dass sie das Ergebnis individueller oder gesellschaftlicher Zuschreibungen sind und Ideologien der Ungleichwertigkeit darstellen. In vielen Fällen von (sexualisierter) Gewalt und Missbrauch werden unterschiedliche Abwertungsmechanismen verknüpft. Man spricht dann von einer Mehrfachviktimmierung der Betroffenen.

6. Intervention

In diesem Teil des Konzepts stellen wir unsere Interventionsketten dar. Für die unterschiedlichen Interventionsfelder sowie Personengruppen gelten unterschiedliche rechtliche Rahmenbedingungen und zu berücksichtigende Dynamiken, die hier differenziert dargestellt werden. **Grundsätzlich empfehlen wir Betroffenen und/oder Dritten, sich zuerst direkt an die Vertrauenspersonen zu wenden.** Diese Vorgehensweise ist wichtig, um die Gewaltschutzarbeit strukturell zu verankern und zu institutionalisieren. Gleichzeitig können nur die Vertrauenspersonen anhand ihrer Dokumentationen mögliche Muster überprüfen und/oder erneutes Fehlverhalten eines:r Täter:in aufdecken.

Unterstützung

Menschen, die Gewalt erfahren (haben), zögern oftmals, sich Unterstützung zu holen, da sie Angst vor Stigmatisierung haben, sich schämen oder schuldig fühlen oder andere Personen nicht in Schwierigkeiten bringen wollen. Viele denken, es sei „normal“, sie hätten es „verdient“ oder ihr Leid sei weniger bedeutend als das anderer, denen es „ja noch viel schlechter geht“ und sie hätten keinen Anspruch auf Hilfe. Auch Angehörige und Unterstützer:innen sind häufig unsicher, an wen sie sich bei einer Vermutung wenden oder bei welcher Stelle irritierende Situationen vertraulich geschildert und eingeordnet werden können, ohne dass „gleich eine große Welle daraus wird“.

Wir möchten Betroffene und/oder Unterstützer:innen ausdrücklich ermutigen, grenzüberschreitendes und gewaltvolles Verhalten nicht (länger) hinzunehmen oder auszuhalten, sondern sich Unterstützung bei unseren Vertrauenspersonen zu holen. Wir wissen aus Erfahrung, dass sexualisierte Gewalt und Missbrauch nicht von alleine enden. Wir nehmen jede Anfrage ernst und behandeln sie sensibel und vertraulich, um alle beteiligten Personen zu schützen.

⁵ Mehrfachdiskriminierung: Der Begriff wurde im Rahmen der UN-Weltkonferenz gegen Rassismus im Jahr 2001 in Südafrika geprägt. Er beschreibt die Ungleichbehandlung aufgrund mehrerer Diskriminierungsmerkmale, d.h. eine Person wird im Bewerbungsverfahren gleichzeitig aufgrund ihres Alters, ihres Geschlechts und ihrer ethnischen Herkunft bewertet (z.B. unerfahren, Mutter, zu auffällig...o.ä.). Ergänzend zum Begriff der Mehrfachdiskriminierung wird unter Intersektionalität bzw. der sogenannten intersektionalen Perspektive das Verständnis von der Verschränktheit verschiedener Diskriminierungsformen benannt. Eine Kopftuchträgerin kann z.B. aufgrund der ihr zugeschriebenen Identitäten als muslimische Frau diskriminiert werden. Beide Kategorien, also Frau und Muslima, ergänzen und bestärken sich.

Vertrauenspersonen

Alle Betroffenen werden gebeten, sich Unterstützung bei den Vertrauenspersonen zu holen. Es sind hauptamtliche Kolleg:innen, die sich fachlich für ihre Tätigkeit als Vertrauenspersonen fortgebildet haben und über persönliche Eignung verfügen. Das gesamte Team ist unter der E-Mail-Adresse **schutzraum@greenpeace.de** erreichbar. Die Vertrauenspersonen können jedoch auch persönlich angesprochen werden (Kontaktaten im Anhang).

Unsere Vertrauenspersonen für den Kinder- und Jugend (KiJu) -Schutzbereich sind gesondert qualifiziert. **Kinder und Jugendliche**, deren Angehörige, sonstige Dritte und/oder Unterstützer:innen wenden sich an diese Vertrauenspersonen. Sie können sich bei allen Fragen und Vermutungen rund um das Thema Gewaltschutz auch an den:die Kinder- und Jugendbetreuer:in (Lotse:in), die Jugendgruppenleiter:innen (Pilot:innen) und/oder den:die Gruppenkoordinator:innen der jeweiligen regionalen Greenpeace-Gruppe wenden. **Betroffene können sich anonym melden.** Die Vertrauenspersonen behandeln alle Angaben vertraulich.

Intervention bei sexualisierter Gewalt (Erwachsene)

- Bei Greenpeace gibt es **Vertrauenspersonen**, die kontaktiert werden können und der betroffenen Person jegliche Unterstützung zukommen lassen.
- Die Vertrauensperson führt zeitnah ein Gespräch mit der betroffenen Person und protokolliert die Ereignisse und die eingeleiteten Schritte. Die Gespräche finden anonym und parteilich statt. Weitere mögliche Schritte werden mit der betroffenen Person besprochen und finden nur mit deren Zustimmung statt. (Das betrifft alle Schritte, ggf. auch, dass in einem strafrechtlichen Fall die Polizei und/oder Notärzt:in/Notfallpraxis gerufen werden sollte.)
- Wenn die betroffene Person einverstanden ist, holt sich die Vertrauensperson Unterstützung durch ein zweites Mitglied des Schutzteams.
- Die Vertrauensperson bespricht mit der betroffenen Person, ob psychosoziale und rechtliche **Unterstützung** von Außen notwendig ist oder die Strafverfolgungsbehörden eingeschaltet werden sollen. In strafrechtlich relevanten Fällen werden erfahrene Fachkräfte aus einer anerkannten Beratungsstelle hinzugezogen.
- Sind diese ersten akuten Schritte erledigt, informiert die Vertrauensperson in anonymer Form die Leitung PersonalKultur bzw. Leitung Engagement/Aktion bzw. die Kapitän:in sowie den BR und die Referent:in Compliance, dass es einen Fall gibt. Je nach Schwere des Falls wird auch die Geschäftsführung direkt und anonymisiert informiert.
- Die betroffene Person entscheidet, ob sie und ihr Fall anonym bleiben sollen.
- Wenn die betroffene Person nicht anonym bleiben möchte und einverstanden ist, wird der Fall konsequent bearbeitet. Die Vertrauensperson steht ihr weiter zur Seite.
 - Wenn der:die Beschuldigte aus dem Hauptamt kommt, übernimmt die Leitung PersonalKultur die Bearbeitung des Falls. Die Referent:in Compliance muss über den Stand der Bearbeitung des Falls informiert werden.
 - Wenn der:die Beschuldigte aus dem Ehrenamt kommt, übernimmt die Leitung Engagement in Absprache mit der Vertrauensperson den Fall. Die Referent:in Compliance muss über den Stand der Bearbeitung des Falls informiert werden.
- Der **Schutz** der betroffenen Person hat höchste Priorität – ebenso die Gewährleistung oder die Wiederherstellung des **Schutzraums**. Deshalb kann es sinnvoll sein, dass der:die Beschuldigte für die Dauer der weiteren Untersuchung von seinen:ihren Aufgaben entbunden wird und sich von allen

Greenpeace-Wirkungsstätten fern halten muss. Wenn es sich um eine hauptamtliche Person handelt, muss der Betriebsrat informiert werden.

- Unabhängig von strafrechtlichen Konsequenzen für Täter:innen wird Greenpeace Grenzverletzungen organisationsintern sanktionieren. Mit folgenden **Maßnahmen** hat ein:e Täter:in zu rechnen: Ermahnung, Abmahnung oder Kündigung (Hauptamt) sowie Ausschluss aus der Organisation (Ehrenamt). Über das finale Maß entscheidet die Geschäftsführung auf Basis der Ergebnisse der Fallbearbeitung und rechtlicher Möglichkeiten.
- Die Leitung Personalkultur dokumentiert die Fälle aus dem Hauptamt, die sie bearbeitet. Die Unterlagen müssen zehn Jahre aufbewahrt werden.
- Die Leitung Engagement dokumentiert die Fälle aus dem Ehrenamt, die sie bearbeitet. Die Unterlagen müssen zehn Jahre aufbewahrt werden.
- Werden nur Vertrauenspersonen mit Fällen betraut und findet keine weitere Bearbeitung statt, weil die betroffene Person dies so entschieden hat, bewahren die Vertrauenspersonen die Protokolle zehn Jahre lang auf.

(Vermutungen auf) sexuellen Missbrauch an Kindern und Jugendlichen und (vermutetes) strafbares Verhalten zeigt Greenpeace den Strafverfolgungsbehörden an. Wir sind der Überzeugung, dass dies der einzige Weg ist, mögliche Vertuschungsversuche zu verhindern und unsere Organisation vor Machtmissbrauch zu schützen.

Intervention sexuellem Missbrauch an Kindern und Jugendlichen

- In einem **Notfall** muss zuerst die Polizei und/oder ein:e Notärzt:in gerufen werden!
- Im Anschluss wird eine **Kinder-Jugend-(KiJu)-Vertrauensperson** des Greenpeace e.V. kontaktiert, die der betroffenen Person jegliche Unterstützung zukommen lässt und die Eltern informiert.
- Ist die KiJu-Vertrauensperson im akuten Fall nicht erreichbar, muss eine der anderen Vertrauenspersonen und ggf. eine spezialisierte Beratungsstellen zum Thema Missbrauch an Mädchen und Jungen kontaktiert werden. **Das Hilfefon „Sexueller Missbrauch“** ist kostenlos und anonym unter der **Nummer 0800 22 55 530** erreichbar.
- Alle Vermutungen zu einem Fall müssen an eine KiJu-Vertrauensperson weitergegeben werden, auch wenn die Sachlage (noch) nicht klar ist. Wer von einem Fall erfährt, soll keine eigenen Ermittlungen aufnehmen!
- Wird Missbrauch an ehrenamtliche Funktionsträger:innen in den Gruppen (Gruppenkoordinator:in, JAG-Lots:in, Öffentlichkeitskoordinator:in oder Finanzkoordinator:in) gemeldet, schreiben diese (möglichst) ein Erinnerungsprotokoll und geben es an die KiJu-Vertrauenspersonen weiter, die den Prozess dann übernehmen und/oder begleiten.
- Die Vertrauensperson informiert die Leitung Personalkultur und Referent:in Compliance sowie die Geschäftsführung darüber, dass es einen Fall gibt.
- Sexueller Kindesmissbrauch führt zu **angemessenen Maßnahmen**, die jeden weiteren Kontakt von Täter:innen zu Kindern und Jugendlichen im Kontext der Greenpeace-Arbeit verhindern.
- Der **Schutz** der betroffenen Person hat höchste Priorität – ebenso die Gewährleistung oder die Wiederherstellung des **Schutzraums** für alle Greenpeace:innen. Deshalb kann es sinnvoll sein, dass der:die Beschuldigte für die Dauer der weiteren Untersuchung von seinen:ihren Aufgaben entbunden wird

und sich von allen Greenpeace-Wirkungsstätten fern halten muss. Wenn es sich um eine hauptamtliche Person handelt, muss der Betriebsrat informiert werden.

- Unabhängig von **strafrechtlichen Konsequenzen für Täter:innen** wird Greenpeace sexuellen Missbrauch von Kindern und Jugendlichen organisationsintern sanktionieren, um den geschützten Raum unserer Kinder- und Jugendarbeit zu gewährleisten. Mit folgenden **Maßnahmen** hat ein:e Täter:in zu rechnen: Ermahnung, Abmahnung oder Kündigung (Hauptamt) sowie Ausschluss aus der Organisation (Ehrenamt). Über das finale Maß entscheidet die Geschäftsführung auf Basis der Ergebnisse der Fallbearbeitung und rechtlicher Möglichkeiten.
- Zur **Beratung** werden erfahrene Fachkräfte des Kinder- und Jugendschutzes aus den Fachberatungsstellen gegen sexuellen Missbrauch von Kinder- und Jugendlichen und/oder rechtliche Unterstützung hinzugezogen.
- Die Leitung PersonalKultur dokumentiert die Fälle aus dem Hauptamt, die sie (mit)bearbeitet. Die Unterlagen müssen zehn Jahre sicher aufbewahrt werden.
- Die Vertrauensperson dokumentiert die Fälle aus dem Ehrenamt, die sie bearbeitet. Die Unterlagen müssen zehn Jahre an einem sicheren Ort aufbewahrt werden.

Zugang zu externen Beratungs- und Hilfsangeboten

Betroffene erhalten auf eigenen Wunsch psychologische Beratung durch eine externe Beratungsstelle oder Person ihrer Wahl. Der Greenpeace e.V. unterstützt den:die Betroffene:n dabei finanziell in einem Zeitraum von bis zu einem Jahr. Die Kosten für eine Krisenintervention oder Therapie übernehmen in der Regel die Krankenkassen.

7. Präventive Strukturen

In diesem Teil werden unsere präventiven Maßnahmen dargestellt, die das Risiko von gewaltsamen Übergriffen minimieren und den bestmöglichen Schutz aller Greenpeacer:innen gewährleisten sollen.

Anforderungen an alle Greenpeacer:innen

Das Schutzkonzept und die damit verbundene Null-Toleranz-Haltung gegenüber sexualisierter Gewalt und Missbrauch wird allen Haupt- und Ehrenamtlichen über die vorhandenen Kommunikationskanäle vermittelt. Das Schutzkonzept ist Teil des Greenpeace Verhaltenskodex, der allen Haupt- und Ehrenamtlichen bekannt ist. Bei der Einarbeitung von neuen Kolleg:innen und Ehrenamtlichen wird #Greenpeace_gewaltfrei und insbesondere die Kinder- und Jugendschutzarbeit thematisiert. Die Unterstützung des Schutzteams ist obligatorisch und hat Priorität.

Alle Greenpeacer:innen verpflichten sich grundsätzlich:

- allen Menschen bei Greenpeace gleichermaßen respekt- und würdevoll zu begegnen. Dies geschieht vor allem dadurch, dass niemand aufgrund vermeintlicher Andersartigkeit diskriminiert und bei Allen individuelle Grenzempfindungen geachtet werden.
- Bei ersten Anzeichen respektlosen oder würdelosen Verhaltens oder Äußerungen geben wir uns gegenseitig Feedback. Dies tun auch die Personen, die dieses Verhalten beobachten ohne direkt betroffen zu sein.
- die besondere Schutzwürdigkeit junger Menschen anzuerkennen und Kinder und Jugendliche vor Schaden und Gefahren, sexuellem Missbrauch und Gewalt zu schützen.
- regelmäßig alle drei Jahre (zur/bei Überprüfung des Konzepts) ein aktuelles erweitertes Führungszeugnis vorzulegen, wenn sie (intensiv) mit Kindern- und Jugendlichen zusammenarbeiten.

- an den regelmäßigen Aufklärungsmaßnahmen und Sensibilisierung der Belegschaft (einmal im Jahr im Plenum) oder des Ehrenamts (GreenCamp, Seminare) teilzunehmen.

Hauptamtliche bei Greenpeace

Das Schutzkonzept wird über E-Mail, Slack und in der Mitarbeiter:innenversammlung kommuniziert. Alle Leitungskräfte müssen an mindestens einem Workshop zum Thema Gewaltschutz teilnehmen und verpflichten sich, die Themen sexualisierte Gewalt und Missbrauch in den Personalgesprächen anzusprechen. Neue Kolleg:innen werden im Rahmen ihrer Einarbeitung über das Schutzkonzept informiert.

Ehrenamtliche bei Greenpeace

Den Ehrenamtlichen wird das Schutzkonzept über die Plattform Greenwire und über die Gruppenkoordinator:innen kommuniziert. Auf den jährlichen Seminaren für die Funktionsträger:innen der Greenpeace-Gruppen wird die Gewaltschutzarbeit ausführlich besprochen, so dass sich im Ehrenamtlichenbereich ein guter Wissensstand aufbaut und Schutzstrukturen durch viele Gruppenmitglieder getragen werden. Auf dem jährlich stattfindenden GreenCamp werden durch das Schutzteam Vorträge und Sprechstunden angeboten. Über Greenwire werden regelmäßige Online-Sprechstunden angeboten.

Kinder und Jugendliche bei Greenpeace

Die Kindergruppen (Greenteams) sind eigenständige, autonome Gruppen, die durch ein Mailingsystem an Greenpeace angebunden sind. Sie werden durch den:die Kinderkampaigner:in des Teams Engagement aus dem Hamburger Büro mit Informationen und Mitmachmöglichkeiten versorgt und ggf. zu einer bundesweit stattfindenden, jährlichen Kinderaktion eingeladen. Auf der Kinderaktion werden die Kinder durch speziell geschultes Personal begleitet und betreut, die Eltern vorab über unsere Kinderschutzmaßnahmen informiert und die KiJu-Vertrauenspersonen mitgeteilt.

Die Greenpeace Jugend-AGs (JAGs) sind über die Kinder- und Jugendbetreuer:innen (Lots:innen) an eine Greenpeace-Ortsgruppe angebunden. Lots:innen sind ehrenamtliche Ansprechpartner:innen in Gruppen, die keine Aufsichtspflicht übernehmen. Sie werden von den Jugendlichen und der Gruppe bestimmt. Der:die Lotse:in ist bei Sorgen und Problemen der:die erste Ansprechpartner:in der Jugendlichen vor Ort und damit eine wichtige Schnittstelle zwischen den Gruppenstrukturen und dem:der Jugendkampaigner:in aus dem Team Engagement im Hamburger Büro. Die JAGs führen über das Jahr viele eigenständige Treffen und Aktionen durch, organisieren sich in hohem Maße selbst und werden dabei durch den:die hauptamtlichen Kampaigner:innen und/oder durch Jugendgruppenleiter:innen (Pilot:innen) unterstützt und begleitet. Pilot:innen sind ehrenamtliche qualifizierte und ausgebildete Jugendbetreuer:innen, die Aufsichtspflicht übernehmen. Für die Ausbildung der Pilot:innen werden Greenpeace-interne, spezialisierte Seminare angeboten, die nach Vorbild der JULEICA insbesondere die Themen Kinder- und Jugendschutz, Kindeswohlgefährdung sowie gesunde Sexualität, körperliche Selbstbestimmung und Peergewalt behandeln.

Räume und Orte bei Greenpeace

Das Greenpeace Büro in Hamburg mit rund 300 Arbeitsplätzen und der dazugehörige Fahrradkeller sind für Kolleg:innen mit Schlüsselchip zu- und abgänglich. In den Fluren sind Bewegungsmelder für die Beleuchtung installiert. Im Büro in Berlin gibt es rund 15 Arbeitsplätze. Zugang haben auch hier die Kolleg:innen mit Schlüssel. Das Aktionslager von Greenpeace öffnet sich über einen Code, der in kurzen regelmäßigen Abständen geändert wird. Mit diesen Maßnahmen verhindern wir, dass sich Fremde Zugang zu den Räumlichkeiten verschaffen. Bei allen Veranstaltungsplanungen mit Übernachtung wird darauf geachtet, dass die Privatsphäre der teilnehmenden Greenpeace:innen ausreichend berücksichtigt und geschützt wird.

Gruppenbüros

Die Verantwortung für den Betrieb der Gruppenbüros liegt bei den Gruppenkoordinator:innen (GruKo's) der jeweiligen Greenpeace-Ortsgruppe. Sicherheitsbezogene Themen wie Schlüsselgewalt, Angsträume etc. werden vom Team Engagement auf den GruKo-Seminaren thematisiert.

Beluga II

Die Verantwortung für den Betrieb der Beluga II liegt bei der Leitung Aktion. An Bord hat der:die Kapitän:in das Kommando. Verantwortliche und Kapitän:in müssen mindestens einmal an einer internen Gewaltschutzfortbildung teilnehmen.

Aktionen und Trainings

Für Greenpeace-Aktionen und Trainings gelten oftmals besondere Bedingungen. Aufgrund der spezifischen Dynamiken werden alle Aktionskoordinator:innen und alle Trainer:innen verpflichtet, regelmäßig alle zwei Jahre an einer internen Gewaltschutzfortbildung teilzunehmen.

8. Umsetzung des Konzeptes und Weiterentwicklung

Im Team #Greenpeace_gewaltfrei arbeiten mehrere Kolleg:innen, die ein hohes Maß an Vertrauen innerhalb der Organisation genießen. Sie zeichnen sich u.a. durch jahrelange Erfahrung in der Zusammenarbeit mit Ehrenamtlichen aus. Um Teil dieses Teams zu sein und als Vertrauensperson eingesetzt werden zu können, müssen die Kolleg:innen neben einer persönlichen Eignung die Teilnahme an fachlich qualifizierenden Fortbildungen nachweisen.

In einem Gewaltschutzfall stehen ihnen die notwendigen zeitlichen und finanziellen Ressourcen z.B. auch für eine externe rechtliche Beratung zur Verfügung. Die Betreuung einer betroffenen Person und die Klärung eines Falls haben in der Organisation oberste Priorität. Für uns ist das der entscheidende Faktor zur erfolgreichen Umsetzung des Konzeptes.

Das Konzept kann, wenn es sich an Stellen nicht bewährt, adhoc angepasst werden. Ansonsten findet alle drei Jahre eine Aktualisierung statt. Federführung hat die Leitung PersonalKultur.

Die Umsetzung dieses Schutzkonzeptes und die Einhaltung der festgehaltenen Prozesse wird von der Referent:in Compliance gemonitort. Sie ist zudem für die anonymisierte Information von GPI verantwortlich.

9. Hinweise zum Umgang mit der Öffentlichkeit

Mit diesem Schutzkonzept wollen wir Betroffene von sexualisierter Gewalt und Missbrauch stärken und schützen. Gleichzeitig haben wir die Ziele unserer Organisation im Blick und wollen unserer Verantwortung nach Innen und Außen gerecht werden. Zu internen Vorfällen geben wir grundsätzlich keine Auskunft. Gerne sprechen wir über unsere Haltung, zu internen Lernprozessen und Zielen.

10. Hilfe-Info

Kerstin Küster und Tatiana Schildt sind unsere externen Vertrauenspersonen. Die Kolleg:innen Cathrin Groll, Anna von Gall und Heinz Smital sind unsere internen Greenpeace Vertrauenspersonen, an die sich Hauptamtliche wenden können. Peter Herbster, Ole Eiteljörge, Kai Müller, Andrea Wienck, Kerstin Fleischer, Noel Rasch, Mona Reichart sind unsere Vertrauenspersonen für Ehrenamtliche. Alle Vertrauenspersonen sind unter der E-Mail-Adresse schutzraum@greenpeace.de erreichbar oder können persönlich angesprochen werden (vorname.name@greenpeace.org). Betroffene können sich auch anonym melden. Bei Kinder- und Jugendschutzfällen ist insbesondere Peter Herbster ansprechbar. Kirsten Müller (Referent:in Compliance, kirsten.mueller@greenpeace.org) kann bei der Untersuchung von Fällen hinzugezogen werden. Die Leitung PersonalKultur beantwortet Fragen zum Schutzkonzept.

Kontaktdaten der Fachberatungsstellen

Eine regionale Fachberatungsstelle zum Thema Gewalt gegen Frauen, sexualisierte und häusliche Gewalt ist auf der Internetseite des bff: Frauen gegen Gewalt e.V. – Bundesverband Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe zu finden:

<https://www.frauen-gegen-gewalt.de/de/hilfe-beratung.html>

Das bundesweite Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“ des Bundesamtes für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben ist rund um die Uhr unter der Nummer 08000 116 016 kostenlos, auf Wunsch anonym und über die Internetseite auch mit Gebärdendolmetschung erreichbar. Das Hilfetelefon arbeitet mit Dolmetscherinnen, so dass eine telefonische Beratung auch in den Sprachen Türkisch, Polnisch, Russisch, Englisch, Französisch, Spanisch, Portugiesisch, Italienisch, Serbokroatisch, Bulgarisch, Rumänisch, Persisch, Vietnamesisch, Mandarin und Arabisch möglich ist.

Weitere Informationen: www.hilfetelefon.de

Das Hilfetelefon „Sexueller Missbrauch“ ist kostenlos und anonym unter der Nummer 0800 22 55 530 erreichbar. Es wird vom Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs (UBSKM) betrieben. Auf der Internetseite www.hilfeportal-missbrauch.de gibt es aktuelle Kontaktdaten von Fachberatungsstellen.

Auf der Internetseite www.hilfe-info.de hat das Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz für Betroffene von Straftaten viele wichtige Informationen zu den Themen Hilfe und Unterstützung, Vertrauliche Spurensicherung, Recht auf Entschädigung usw. zusammengestellt.

Literaturverzeichnis

Antidiskriminierungsstelle des Bundes (2011): Schritt für Schritt durch die rechtliche Antidiskriminierungsberatung. Leitfaden für Beraterinnen und Berater. Online-Link:

https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/Leitfaeden/Leitfaden_Antidiskriminierungsberatung_20120214.html

Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz (2014): Verdacht auf sexuellen Kindesmissbrauch in einer Einrichtung - Was ist zu tun? Fragen und Antworten zu den Leitlinien zur Einschaltung der Strafverfolgungsbehörden. Online-Link:

https://www.bmjbv.de/SharedDocs/Publikationen/DE/Verdacht_Kindesmissbrauch_Einrichtung.pdf?__blob=publicationFile&v=16

Enders, Ursula (2010): Prävention von sexuellem Missbrauch in Institutionen. Bausteine präventiver Strukturen in Institutionen. Zartbitter e.V.. Online-Link:

http://www.zartbitter.de/0/Eltern_und_Fachleute/6020_praevention_von_sexuellem_missbrauch_in_institutionen.pdf

Enders, Ursula (2020): Prävention von Gefährdungen des Kindeswohls- Präventionsstrukturen. Stellungnahme zur Anhörung der Kinderschutzkommission des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend des Landtags NRW. Zartbitter e.V. Online-Link:

<https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMST17-2951.pdf>
https://www.zartbitter.de/0/Eltern_und_Fachleute/6060_missbrauch_in_Institutionen.pdf

Luhmann, Niklas (2012) Macht. UTB-Verlag, 4. Auflage. (Ersterscheinung 1975).

Miosga, Margit und Schele, Ursula (2018): Sexualisierte Gewalt und Schule. Was Lehrerinnen und Lehrer wissen müssen. Beltz Verlag.

Unabhängiger Beauftragter des Bundes für Sexuellen Kindesmissbrauch: Handbuch Schutzkonzepte Sexueller Missbrauch (Monitoring 2012-13).

Weber, Max (2019): Typen der Herrschaft. Reclam. (Ersterscheinung 1922).